



Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Energie und Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 16.08.2012

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 21. August 2012, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften vom 24.04., 05.06. und 21.06.12
2. **12-V-36-0009** **DL 14/12-4**
Gutachten "Die Tier- und Pflanzenwelt im Außenbereich" - Vorstellung durch den Magistrat
3. **12-F-03-0052** **ANLAGE**
„Ruhige Gebiete“
Interkommunale Zusammenarbeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit ,zuletzt Nr. 0195 vom
05.06.2012 - mündlicher Bericht des Magistrats

4. 12-F-03-0021

ANLAGE

Maßnahmen Lärmaktionsplanung - Straßenverkehr
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0041 vom 06.03.2012
Berichte des Magistrats vom 06.06.2012 und 21.07.2012

5. 12-F-33-0085

Löschmittel F 500
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 14.08.2012 -

Viele Gemeinden in Deutschland, aber auch in den USA, Kanada, Australien, Großbritannien und Italien wird F-500 als Löschmittelzusatz verwendet.

Im Gegensatz zu derzeit verwendeten Löschmittelzusätzen, ist F-500 nicht krebserregend, umweltschonend und spart durch den schnellen Löscherfolg bis zu 80% Wasser ein. Beim Auftreffen auf brennende Flüssigkeiten oder Objekte, wird dem Feuer die Hitze und der Sauerstoff entzogen. Für das Löschen z.B. eines Autobrandes werden mit F-500 70 Liter Wasser benötigt, mit herkömmlichem Löschschaum 700 Liter.

Aufgrund neuer Erkenntnisse (Einsatz beim Formel 1 Rennen in Hockenheim, Aufnahme in die Schulungsmaßnahmen des Landes Baden-Württemberg, Einsatz bei der Feuerwehr Bad Kreuznach etc.) ist es sinnvoll das Produkt für Wiesbaden erneut prüfen zu lassen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) über die derzeit in Wiesbaden eingesetzten Löschmittelzusätze zu berichten.
- 2.) die derzeitig eingesetzten Löschmittel mit F - 500 gegeneinander abzuwägen, insbesondere unter den Aspekten
 - Gesundheitsgefährdende Stoffe im Löschmittel
 - Umweltfreundlichkeit
 - Wasserverbrauch/ Brand
- 3.) eine Einschätzung der Wiesbadener Berufsfeuerwehr zu diesem Thema einzuholen.

6. 12-F-03-0095

Kfz-Schein als Fahrkarte - Aktion zum „Verkehrswendefest“
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 13.08.2012 -

Zum Abschluss der „Aktionswoche für eine nachhaltige Mobilität“, an der sich europaweit über 2.200 Städte beteiligen, plant die unabhängige Bürgerinitiative JES („Jetzt Energie Sparen“) mit verschiedenen Partnern, darunter GRÜNE, SPD, ADFC, VCD, BUND, Linke & Piraten, am Sonntag, 23. September 2012, ein „Verkehrswendefest“ an der Ringkirche. Zu einer Wende hin zu einem nachhaltigen Verkehr würde beitragen, wenn mehr Menschen vom Individual- auf den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umstiegen.

Um Autofahrern diesen Umstieg schmackhaft zu machen, hatte die Stadt Leipzig Mitte April zur folgenden Aktion geladen: Vier Tage lang konnten die Einwohner Leipzigs kostenlos den ÖPNV im Leipziger Stadtgebiet nutzen. Der Kfz-Schein genügte als „Fahrausweis“. Die Resonanz hat nach Angaben der Leipziger Verkehrsbetriebe die Erwartungen weit übertroffen: Insgesamt hatten ca. 200.000 Leipziger (ca.16 Prozent der Gesamtfahrgastzahl) das Angebot angenommen. Die Verkehrsbetriebe bewerteten die Aktion trotz der entgangenen Einnahmen als eine Investition in die Zukunft. Für eine ähnliche Aktion in Wiesbaden böte sich das Wochenende des Verkehrswendefests, Samstag und Sonntag, 22. und 23. September 2012, an.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zum Abschluss der diesjährigen „Aktionswoche für eine nachhaltige Mobilität“ zusammen mit der ESWE Verkehr am Samstag und Sonntag, 22. und 23. September 2012, die Aktion „Kfz-Schein als Fahrkarte“ durchzuführen.

7. 12-F-08-0083

Dach-Windkraftanlagen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 15.08.2012 -

Die Installation von großen Windkraftanlagen rund um die Landeshauptstadt gestaltet sich als äußerst schwierig. Windkraft ist aber neben Solarenergie eine der wichtigsten Säulen, auf der die Energie der Zukunft produziert werden kann.

Bürgersolar ist bereits Realität. Die ESWE bestückt die Dächer von öffentlichen Gebäuden mit Solaranlagen. Auch Windkraftträder können auf Dächern installiert werden. Kleinanlagen mit Leistungen von 10.000-25.000 kWh pro Jahr können praktisch auf jedem Einfamilienhausdach aufgestellt werden. Auf Flachdächern von Industriegebäuden können mehrere Anlagen das Haus mit Strom aus der Luft versorgen.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:
 - a. ob im Rahmen einer Dachflächenanalyse auf einer für Bürger zugänglichen Karte dargestellt werden kann, welche Dächer sich besonders eignen, um Kleinstwindkraftträder zu installieren;
 - b. ob ESWE, ähnlich wie mit Solaranlagen, auch mit Windkraftanlagen einen wirtschaftlichen Betrieb auf Dächern städtischer Gebäude realisieren kann;
 - c. ob das Konzept der Bürgersolaranlagen auch auf Windkraftanlagen ausgedehnt werden kann.
2. Der Magistrat wird ferner gebeten ein Konzept zu erarbeiten, wie die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Kleinstwindkraftanlagen auf Privstdächern im Raum Wiesbaden verbessert werden kann.

8. 12-F-07-0005

Photovoltaikanlage Deponie Dyckerhoffbruch
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 15.08.2012 -

Seite 4 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit am 21. August 2012

Der Tagespresse war zu entnehmen, dass die Photovoltaikanlage bzw. das „Sonnenkraftwerk“ in der Deponie Dyckerhoffbruch mit 25.000,-- Euro Verlust im Jahr arbeite und teilweise abgebaut werden müsse, weil „zur falschen Zeit ins Werk gesetzt“.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- a. aus welchen Gründen das Kraftwerk mit Verlust arbeitet;
- b. inwieweit Möglichkeiten bestehen bzw. geprüft wurden, zumindest kostenneutral zu betreiben;
- c. wie die Aussage „zur falschen Zeit ins Werk gesetzt“ zu verstehen ist.

9. 12-F-03-0076

ANLAGE

Akzeptanz für Erneuerbare Energien steigern -
Teilnahme am regionalen Modellprojekt der Helmholtz-Allianz ENERGIE-TRANS
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0100 vom 05.06.2012
Mündlicher Bericht des Magistrats

10. 12-F-03-0053

ANLAGE

Interkommunale Zusammenarbeit beim Ausbau der erneuerbaren Energien
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0075 vom 24.04.2012

11. 12-F-33-0069

ANLAGE

Zu gut für die Tonne
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0101 vom 05.06.2012
Mündlicher Bericht Herr Petrak - Umweltladen

12. 12-V-70-0004

DL 25/12-10

Neukonzeption Winterdienst
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0486, Ziffer 7 vom 17.11.2012 - Bericht

13. 12-F-33-0027

ANLAGE

Umsiedlung der Tauben
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit ,zuletzt Nr. 0104 vom 05.06.2012

14. 12-F-33-0086

Konsequente Kontrolle
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 14.08.2012 -

Die am 21.12.2011 beschlossene Änderung der „Gefahrenabwehrverordnung;

Erhöhung von Bußgeldern bei Nichtentfernen von Hundekot“ muss konsequenterweise nunmehr durch vermehrte Kontrollen umgesetzt werden.

Zwar gibt es bereits eine Vielzahl von rücksichtsvollen Hundebesitzern, bei den anderen wird man jedoch nur durch spürbare (finanzielle) Konsequenzen eine Verhaltensänderung herbeiführen können.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen;

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) vermehrt Kontrollen der Hundehalter, (insbesondere im Westend, Kurpark oder Biebricher Schloßpark) durchzuführen, auch in zivil.
- 2.) dem Ausschuss in sechs Monaten über den Verlauf der Kontrollen zu berichten
- 3.) zu berichten, wie die Kontrollen und das Nachfüllen der Behälter für Entsorgungstüten gewährleistet wird
- 4.) die Behälter mit einem Hinweis auf die neue zentrale Müllhotline zu versehen

15. 12-F-33-0087

Rückbau des Deponieabschnitts I
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 14.08.2012 -

Mit der Sitzungsvorlage 10-V-70-0003 wurde der Magistrat beauftragt, das Ressourcenpotential des Deponieabschnittes I der Deponie Dyckerhoffbruch zu ermitteln, die entsprechenden Maßnahmen sollten bis Ende 2012 abgeschlossen sein.

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit möge daher beschließen

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1.) Welche Kosten entstünden bei einem Rückbau bzw. könnten auch Einnahmen durch die Verwertung der zurück gewonnenen Abfälle erzielt werden?
- 2.) Sofern Einnahmen erzielt werden können: Wie würden sich diese auf die Gebühren der ELW auswirken?
- 3.) Wie hoch schätzen die ELW die Anteile an Abfällen zur Beseitigung und an Abfällen zur Verwertung (stofflich und energetisch) ein und gibt es für diese gesicherte Entsorgungs- bzw. Verwertungswege?
- 4.) Welche Flächen würden in welcher Größe wieder nutzbar?
- 5.) Welche Emissionen können beim Rückbau entstehen und wie können diese minimiert werden?

- 6.) Ist der Untergrund des Deponieabschnittes I kontaminiert und ggf. mit welchen Giftstoffen? Welche Kosten würden ggf. für eine Sanierung anfallen?

16. 12-F-03-0096

Förderprogramm „Energetische Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur“

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 15.08.2012 -

Zur Umsetzung der Energiewende möchte die Bundesregierung bis zum Jahre 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand erreichen. Hierfür haben das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gemeinsam die energetischen Sanierungsprogramme für kommunale Gebäude verbessert.

Der Bund stellt hiermit weitere Mittel zur Verfügung, damit alle kommunalen Akteure die energetische Sanierung vorantreiben können. Ab dem 1. September 2012 sollen die verbesserten Förderangebote zur energetischen Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur greifen.

Profitieren können davon öffentliche Gebäude wie Schulen, Kindergärten, Rathäuser, Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen und Krankenhäuser.

Dr. Axel Nawrath, Vorstandsmitglied der KfW Bankengruppe: *„Die Verbesserungen bei der Förderung der energetischen Sanierung von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur, insbesondere die erstmalige Gewährung von Tilgungszuschüssen für Kommunen, kommunale Unternehmen und soziale Organisationen bei der Sanierung zu einem KfW-Effizienzhaus, bieten der Stadt eine weitere Möglichkeit ihren Gebäudebestand kostengünstig und nachhaltig energetisch zu sanieren und so die Bewältigung der Energiewende intensiv zu unterstützen. Mit diesem Programm bietet sich der Stadt eine weitere Möglichkeit ihren Gebäudebestand kostengünstig und nachhaltig energetisch zu sanieren.“*

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) zu prüfen, welche stadteigenen Immobilien die Voraussetzungen zur Teilnahme an diesem Programm erfüllen und damit förderungsfähig sind,
- b) bei positivem Ergebnis einen Förderantrag für das jeweilige Projekt/Vorhaben zu stellen,
- c) bei Auftragsvergaben zur Fassadendämmung aus ökologischen Gründen und aus Gründen des Brandschutzes die Verwendung von Polystyrolämmstoffen auszuschließen.

17. 12-F-03-0094

Energiemix für Wiesbaden 2020 - GuD-Kraftwerk Ingelheimer Aue

- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 06.08.2012 -

Der ESWE-Vorstand hat presseöffentlich die Erwartung geäußert, dass die ESWE Versorgungs AG in zehn Jahren ihren Strom zu 75 Prozent aus erneuerbaren Energien und zu 25 Prozent aus Gaskraftwerken beziehen wird. Er geht dabei von der Annahme aus, dass einschließlich Geothermie, Biomasse und Windkraft aus der Region über 400 Millionen Kilowattstunden produziert und damit etwa 130 000 Haushalte sicher mit Strom versorgt werden können. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt ausdrücklich die von ESWE geplanten Vorhaben zum schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien und setzt sich für eine zeitnahe Umsetzung ein. Angesichts der Tatsache, dass bislang keine geeigneten Flächen für Windparks zur Verfügung stehen, dass die Erkundungen zur Geothermie noch nicht weit fortgeschritten sind und dass zeitaufwändige Genehmigungsverfahren zu erwarten sind, bestehen allerdings Zweifel an der Einhaltung des angestrebten Zeitplans.

Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit auch in Spitzenlastzeiten kann nach Auffassung der Grünen nur sichergestellt werden, wenn das bereits genehmigte Gas-und-Dampfturbinen-Kraftwerk (GUD-Kraftwerk) auf der Ingelheimer Aue durch die KMW gebaut und in Betrieb genommen wird. Bauzeit und Investitionskosten sind gegenüber einem Kohlekraftwerk gleicher Leistung um ca. 50 Prozent reduziert. Als effizientes Kraftwerk mit einem hohen Wirkungsgrad, dank kurzer Startzeiten und der Möglichkeit schneller Laständerungen könnte das GuD-Kraftwerk bei Bedarf flexibel zugeschaltet werden und so die Erneuerbaren Energien ergänzen. Laut ESWE fehlen derzeit die erforderlichen Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Betrieb des GuD-Kraftwerks.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, ESWE zur Vorlage eines Berichtes zur Perspektive einer sicheren Energieversorgung bis zum Jahr 2020 für das Wiesbadener Stadtgebiet aufzufordern, in dem u.a. die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Inbetriebnahme des GuD-Kraftwerks bzw. die Alternativen bei Nichtinbetriebnahme dargestellt werden.

18. 12-V-81-0001 DL 25/12-11

WLW - Berufung einer Betriebskommission

1. Wahl von wirtschaftlich und/oder technisch besonders erfahrenen Personen
2. Wahl eines Mitgliedes des Personalrates

19. 12-V-07-0010 DL 27/12-2

ELW-Betriebskommission

Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern

20. 12-V-61-0011 DL 27/12-13

FLÄCHENNUTZUNGSPLANÄNDERUNG "Wohngebiet Hainweg" im Ortsbezirk Nordenstadt - Entwurfsbeschluss -

21. 12-V-61-0025 DL 28/12-4

Bebauungsplan "Panoramastraße" im Ortsbezirk Dotzheim

- Änderungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

22. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **12-V-20-0028** **DL 25/12-4**
Investitionscontrolling 1. Quartal 2012

2. **12-V-20-0043** **DL 27/12-5**
Investitionscontrolling 2. Quartal 2012

3. **12-V-70-0001** **DL 25/12-8**
Eingangsbereich der Deponie: Anbindung an das Biomasseheizkraftwerk der ESWE BioEnergie GmbH

4. **12-V-36-0014** **DL 25/12-4 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 31.05.2012

5. **12-V-36-0018** **DL 27/12-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 28.06.2012

6. **12-V-02-0006** **ANLAGE**
Bericht zum CO2-Marathon Wiesbaden

7. **12-F-33-0004** **ANLAGE**
Floßhafen Kostheim
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0023 vom 24.01.2012
Schriftlicher Zwischenbericht

8. 12-V-31-0001 DL 26/12-5

Projekt "Schnelligkeit, Sicherheit und Sauberkeit im Buslinienverkehr"

9. 12-F-33-0002 ANLAGE

Nutzung von Recyclingpapier in der Stadtverwaltung
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0021 vom 24.01.2012

10. 12-F-33-0070 ANLAGE

Mein Solar Wiesbaden
Beschluss des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit Nr. 0106 vom 05.06.2012
Schriftlicher Bericht des Magistrats

11. 12-V-36-0019 DL 29/12-5

Beschaffung von Fluglärmmesscontainern

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender